

Positionspapier der dbb jugend schleswig-holstein

Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst wirksam verhindern – Prävention stärken, Beschäftigte schützen

Beschäftigte im öffentlichen Dienst leisten einen unverzichtbaren Beitrag für unser Gemeinwesen. Gleichzeitig nehmen Aggressionen, Beleidigungen, Bedrohungen, physische und psychische Übergriffe in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes - auch im digitalen Raum - zu.

Gewalt gegen Beschäftigte ist kein individuelles Problem, sondern ein Angriff auf staatliche Institutionen und unseren demokratischen Rechtsstaat. Die dbb jugend schleswig-holstein fordert daher ein umfassendes Präventions- und Schutzkonzept auf Landes- und Bundesebene.

Ausgangslage

Die Hemmschwelle für aggressives Verhalten gegenüber Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sinkt zunehmend. Ursachen hierfür sind unter anderem:

- zunehmende gesellschaftliche Spaltung,
- sinkender Respekt gegenüber staatlichen Institutionen,
- verstärkte Angriffe aus der Politik auf das Berufsbeamtentum,
- steigende Frustration mit der politischen Lage, verschärft durch anhaltende Krisen,
- stagnierender Bürokratieabbau,
- zunehmender Personalmangel, häufige technische Ausfälle und damit einhergehende lange Bearbeitungszeiten.

Dabei führen Gewalterfahrungen bei Betroffenen häufig zu:

- psychischen Belastungen und erhöhten Krankheitsausfällen,
- Verlust von Motivation und Arbeitszufriedenheit,
- erhebliche Schwierigkeiten bei der Nachwuchsgewinnung.

Gerade bei jungen Beschäftigten und Auszubildenden darf nicht das Gefühl aufkommen, dass Gewalt zum Berufsalltag dazugehört.

Grundsatzposition der dbb jugend schleswig-holstein

Die dbb jugend schleswig-holstein steht für einen öffentlichen Dienst, in dem Beschäftigte ihre Aufgaben sicher, respektvoll und ohne Angst vor Übergriffen erfüllen können.

Gewalt darf niemals als Berufsrisiko oder Teil des Alltags akzeptiert werden. Arbeitgeber und Politik tragen gemeinsam die Verantwortung, die Beschäftigten wirksam zu schützen und Gefährdungen frühzeitig vorzubeugen.

Prävention muss dabei vor Repression stehen. Ein wirksamer Schutz beginnt nicht erst nach einem Vorfall, sondern durch vorbeugende Maßnahmen in Organisation, Personalentwicklung und gesellschaftlicher Aufklärung.

Forderungen an die Politik

1. Landesweite Präventionsstrategie gegen Gewalt im öffentlichen Dienst

Die Landesregierung Schleswig-Holsteins soll gemeinsam mit Gewerkschaften, Personalvertretungen, Kommunen und Dienststellen eine landesweite Strategie zur Gewaltprävention entwickeln.

Diese Strategie muss:

- verbindliche Standards definieren,
- regelmäßige Risikoanalysen vorsehen,
- Schutzmaßnahmen evaluieren und ausbauen,
- ressortübergreifend koordiniert werden.

Nur ein systematischer Ansatz ermöglicht nachhaltige Verbesserungen.

Bei den verbindlichen Standards sind insbesondere folgende Punkte zu beachten:

- Ausbau technischer und baulicher Schutzmaßnahmen, mit Fokus auf moderne Alarm- und Notrufsysteme, sichere Empfangs- und Wartezonen, Flucht- und Rückzugsmöglichkeiten sowie bauliche Schutzvorrichtungen bei erhöhtem Gefährdungspotenzial. Hierbei sind insbesondere die Kommunen finanziell zu unterstützen.
- Regelmäßige Deeskalations- und Sicherheitstrainings mit Schwerpunkt auf konfliktarme Kommunikationstechniken, Deeskalationstechniken und Konfliktmanagement.
- Überblick über die Unterstützungsangebote der Dienststellen und rechtlichen Handlungsmöglichkeiten im Falle der erlebten Gewalt sowie umfangreiche Schulungen der Führungskräfte für optimale Unterstützung vor Ort.
- Besondere Schutzkonzepte für Auszubildende und Nachwuchskräfte mit verpflichtenden Präventionsmodulen in Ausbildung und Studium, festen Ansprechpersonen für Betroffene und umfangreichen Schulungen in gewaltfreier und deeskalierender Kommunikation.
- Der Schutz vor Gewalt darf auch im digitalen Raum kein Ende finden. Insbesondere in den sozialen Medien und Bewertungsportalen nimmt Gewalt zu. Auch hierfür sind Melde- und Unterstützungsstrukturen zu entwickeln.
- Konsequente Erfassung und Auswertung von Gewaltvorfällen in einem landesweit einheitlichen Meldesystem mit einer niedrighschwelligen Erfassung aller Vorfälle und regelmäßiger Berichterstattung und wissenschaftlicher Auswertung der Daten.

Bei der Festlegung dieser Standards sind insbesondere Gewerkschaften, Personalräte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit einzubeziehen.

2. Null-Toleranz-Strategie gegenüber Gewalt und Hass seitens der Politik:

Die Politik muss ein klares gesellschaftliches Signal setzen:

Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes ist niemals akzeptabel!

Die dbb jugend schleswig-holstein fordert:

- konsequente Strafverfolgung und zügiger Abschluss der Verfahren,
- öffentliche Sensibilisierungskampagnen und eine stärkere gesellschaftliche Wertschätzung der Arbeit im öffentlichen Dienst,
- konsequente Anwendung von Hausverboten (soweit anwendbar),
- konsequente Strafanzeigen durch Dienststellen bei verbalen und tätlichen Angriffen,
- klare Rückendeckung der Beschäftigten durch Arbeitgeber,
- ein Ende der anhaltenden Angriffe auf das Berufsbeamtentum aus den Reihen der Politik.

Gelebter Respekt gegenüber den Beschäftigten bedeutet Respekt gegenüber dem demokratischen Rechtsstaat.

3. Ausreichende Personal- und Sachausstattung

Überlastete Behörden, lange Wartezeiten und hoher Arbeitsdruck können Konfliktsituationen verschärfen.

Gewaltprävention bedeutet deshalb auch:

- ausreichend Personal,
- Abbau der zunehmenden Aufgabenbelastung bei stets sinkenden Personalzahlen,
- Bürokratieabbau,
- moderne Arbeitsbedingungen,
- Stellung von bedarfsgerechter Arbeitsschutzkleidung zum Dienstantritt,
- funktionierende digitale Verwaltungsangebote.

Ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst trägt wesentlich zur Vermeidung von Eskalationen bei.

Fazit

Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes stehen täglich für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und das Gemeinwohl ein. Sie verdienen Respekt, Anerkennung und vor allem Sicherheit.

Die dbb jugend schleswig-holstein fordert die politisch Verantwortlichen auf Landes- und Bundesebene auf, Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes als gesamtgesellschaftliche Herausforderung anzuerkennen und entschlossen zu handeln. Prävention, Schutz und Unterstützung müssen zentrale Bestandteile einer modernen Personal- und Sicherheitspolitik sein.

Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes ist kein hinnehmbarer Teil des Berufsalltags. Wer den Staat repräsentiert und für die Bürgerinnen und Bürger arbeitet, muss sich darauf verlassen können, seine Aufgaben sicher und ohne Angst erfüllen zu können.